

# Inhalt

Vorwort:

Von Hoyerswerda zu den »Trains of Hope« 8

*Der lange Aufstand:  
Die Flüchtlingsbewegung von 1994 bis 2011* 19

»Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört.«  
*Osaren Igbinoaba und die Organisierung der Flüchtlinge* 20

Die Schmach des Diktators

*Leonard Attoh blockiert den Deutschlandbesuch  
von Togos Machthaber.* 28

Wie ein Strich durchs Leben

*Meryem Kaymaz' Jugend als Geduldete* 35

80 Mark für die Freiheit

*Sunny Omwenyeke geht ins Gefängnis, weil er sich  
der Residenzpflicht nicht beugt.* 42

Kein Ohr für die Roma

*Dzoni Sichelschmidt muss die Untiefen der Parteipolitik  
kennenlernen.* 48

Die Wahrheit des Auswärtigen Amtes

*Ali Safianou Touré und die Berichte der deutschen Diplomaten* 55

Der Weg der Frauen

*Die geflüchteten Frauen können sich nur  
selbst helfen, sagt Elizabeth Ngari.* 64

Der Unabschiebbare

*Akubuo Chukwudis später Sieg über die Asylgesetze* 69

### Ehrung eines Ausgegrenzten

*Salomon Wantchoucou wird vom Staat ausgezeichnet.  
Bleiberecht bekommt er nicht. 80*

### Ilhams letzte Wochen

*Wie das erzwungene Nichtstun eine armenische  
Familie zerstört. 85*

### Tod in der Polizeizelle

*Mouctar Bah will wissen, warum sein Freund  
Oury Jalloh verbrannte. 90*

### Zwischen den Welten

*Riadh Ben Ammar schmiedet ein Bündnis  
gegen das Sterben auf dem Mittelmeer. 97*

Was aus den Porträtierten wurde 104

### *Der Durchbruch:*

*Die Flüchtlingsbewegung von 2012 bis heute 105*

»We will rise«: Plötzlich in der Tagesschau 106

Die Eskalation: Mit Durststreiks gegen die CSU 123

Ende eines Zyklus: Der Protest verflüchtigt sich 154

Anfang und Ende der Flüchtlingsrepublik 162

### *Die Akteure 175*

Die deutsche Linke 176

Die Aktivistinnen und Aktivisten 185

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 187

Die Gerichte 190

Die Polizei 192

Die Heimindustrie 195

Die »besorgten Bürger« 198

*Nicht wieder!*  
*Wie Deutschland und Europa die Fehler*  
*der Vergangenheit vermeiden können* 201

Deutschland 202

Europa 213

Schluss: Was sich nicht rückgängig machen lässt 218

*Anhang* 221

Anmerkungen 222

Lektüreprüfungen 243

Glossar 246

Chronik des Asylrechts 249

Karten 252

Dank 254

Über den Autor 255

## »Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört.«

---

**SELBSTORGANISIERUNG:** *Osaren Igbinoaba aus Nigeria war der Erste, der in den Asylheimen Ostdeutschlands eine Protestbewegung aufgebaut hat. Sie existiert bis heute. Nur wenn die Flüchtlinge ethnische Grenzen überwinden, können sie ihre Lebensbedingungen verbessern, sagt er.*

Manche sehen die Welt als einen Ort, der immer komplizierter wird, so sehr, dass sich kaum noch erklären lässt, was auf ihr geschieht. Osaren Igbinoaba nicht. »Es gibt keinen Hunger. Es gibt nur Ausplünderung«, sagt er. Die westliche Zivilisation werde als »die grausamste, die zerstörerischste Macht«<sup>25</sup> in die Geschichte eingehen. Wegen solcher Sätze haben sie ihn heute hergeholt.

Es ist der 19. Juli 2001, und kurz vor dem Treffen der mächtigsten Männer der Welt fällt der Hafen von Genua in orange-blaues Licht. Gewerkschafter, Kommunisten, Autonome, Parteileute, linke Intellektuelle aus vielen Ländern sind seit dem Nachmittag durch die Straßen gezogen. Der Gastgeber des G8-Gipfels 2001, Italiens Präsident Silvio Berlusconi, hatte von den Bewohnern der Stadt verlangt, ihre Wäsche nicht zum Trocknen herauszuhängen. Die Präsidenten sollten ein makellooses Genua sehen. Johlend schwenken die Demonstranten Unterhosen und BHs, winken den Leuten an den Fenstern zu, rütteln am schwarzen Gitter, das die Polizei am Kongresszentrum in den Beton eingelassen hat, laufen vorbei am provisorischen Quartier der Carabinieri, die am nächsten Tag einen der Demonstranten erschießen werden, und Osaren Igbinoaba läuft vorn mit, denn dieser erste Tag des Protests ist den Migranten gewidmet.

300 000 Menschen kommen in diesen Tagen nach Genua. Die Antiglobalisierungsbewegung ist auf ihrem Zenit, und für viele Demonstranten ist ausgemacht, dass sie hier die Welt verändern. Der erste Marsch ist vorbei, sie sitzen auf dem Beton, auf Bänken, trinken Bier, rauchen Joints, Blaskapellen und Sambagruppen laufen umher, Reporter und Kameraleute. Transparente und Schilder liegen herum, Flugblätter werden verteilt und weggeworfen. Die Italiener klopfen mit Flaschen auf die Bänke und besingen schon jetzt den Sieg, den sie am

nächsten Tag über den Kapitalismus erringen wollen. Seit über einem Jahr wurde zu den Protesten aufgerufen, das Nein zur Ordnung der Welt soll unüberhörbar werden. Diese Tage sind der Kristallisationspunkt für eine ganze Generation von NGOs, aber jetzt, kurz bevor es losgeht, ist es Osaren Igbino, der sprechen darf.

Die Dämmerung zieht über dem Ligurischen Meer heran, und Igbino, ein massiger Mann von 40 Jahren, betritt die Bühne, die die Demonstranten auf dem Platz am Hafen aufgebaut haben. Seine Stimme ist heiser, er spricht Englisch mit starkem nigerianischem Akzent, die Soundanlage ist nicht die beste. Ein Jahrzehnt hat er in Nigeria gegen die Militärdiktatur gekämpft, die ihre Gegner tötet, an der Macht gehalten auch von den Milliarden, die britische, holländische und US-amerikanische Ölkonzerne überweisen – nie vergisst Igbino das zu erwähnen.

Weg wollte er nie. Er wollte, dass sein Land eines würde, in dem er leben kann.

Wie so oft sind es Künstler und Intellektuelle, die den Kampf um Bürgerrechte in Nigeria anführen. Der Schriftsteller Wole Soyinka etwa, der Arzt Beko Kutu oder sein Bruder, der berühmte Afrobeat-Musiker Fela Kutu. Ihre Anhänger sammeln sich in der Campaign for Democracy, sie wird zur politischen Heimat Igbinos. 1993 übernimmt der General Sani Abacha die Macht. Er annulliert die Wahl, die der Oppositionskandidat Moshood Abiola gewonnen hatte, schwere Unruhen sind die Folge.

Abacha wurde an der Mons Officer Cadet School in Aldershot nahe London ausgebildet, er macht Geschäfte mit British Petrol, Shell und Exxon und stiehlt Milliarden aus der nigerianischen Staatskasse. Abacha verbietet Parteien und alle anderen politischen Gruppen. Igbino flieht nach Deutschland.

Das Ende des Kalten Krieges liegt da erst kurz zurück, es hat die Flüchtlingspolitik verändert. In der alten Bundesrepublik wollten jahrzehntelang weniger als 10 000 Menschen im Jahr Asyl, viele davon aus Osteuropa. Für den Westen sind sie Verfolgte sozialistischer Diktaturen und verdienen Zuflucht. In den 1980er Jahren stiegen die Zahlen an, vollends dann nach dem Mauerfall: 1992 kommen 430 000 Asylsuchende in das vereinigte Deutschland, die Mehrheit aus Osteuropa. Jetzt sind sie »nicht mehr Erfolgswachweis in der globalen Systemkonkurrenz, sondern Zusatzbelastung in der Krise des nationalen Sozial-

staats«<sup>26</sup>, so der Migrationsforscher Klaus J. Bade. Der Bundestag beschließt den sogenannten Asylkompromiss, um aus Deutschland einen Ort zu machen, den Flüchtlinge meiden.

Igbinoba kommt trotzdem. Er landet in Mühlhausen im Westen Thüringens. Das Flüchtlingsheim dort ist eine alte russische Kaserne. Mit vier anderen Männern lebt er in einem Zimmer, »wie Sardinen in Fischbüchsen«, schreibt er. Keine Arbeit, keine Möglichkeit zu kochen, keine Ausbildung. Strafen für jeden, der den Landkreis verlässt.

Er fühlt sich wie in einem »leisen Krieg, den die Bürokratie gegen uns führt«, sagt er später, keine Perspektive, nur Stillstand, eine »langsame, aber ständige Vergeudung des Lebens. Nur essen und schlafen, essen und schlafen«, schreibt er, ein »Dahinvegetieren«, bis »wir entweder deportiert werden oder, wenn unser Lebenswille gebrochen ist, wir ›freiwillig‹ in unsere Länder zurückkehren.« Den Flüchtlingen würden die Fingerabdrücke abgenommen, sie würden ins Lager gesteckt »verhört und absichtlich Misshandlungen unterworfen. Dabei werden wir oft ausgelacht, angeschrien, gedemütigt«. Wer nicht nützlich sei, müsse in »Militärbaracken verfaulen, weitab von normalen Menschen«. <sup>27</sup> Diese Isolation soll es möglich machen, die Flüchtlinge zu kontrollieren, sagt Igbinoba.

Er sieht historische Kontinuitäten, vor allem bei der Residenzpflicht: Die deutschen Kolonialherren verboten den Menschen in Togo, bestimmte Gebiete zu verlassen, um die Zwangsarbeit besser durchsetzen zu können. Auch die Ausländerpolizeiverfügung der Nazis von 1938 verbot Ausländern das freie Reisen innerhalb Deutschlands. <sup>28</sup> Igbinoba recherchiert dies, ebenso wie die Geschichte der DDR, in »der du als kasernierter Ausländer nur hier warst, um wie vom Staat bestellt zu arbeiten, oder du hattest zu gehen«. Durch all diese Zeiten, sagt Igbinoba, habe sich eine »Kontrollmentalität« erhalten, die Lager sollen dich »stigmatisieren, deinen Willen zerstören zu leben und dich zu wehren«.

Es ist ein düsterer, radikaler Befund. Viele Menschen, die nie in dieser Lage waren, können ihn nur schwer nachvollziehen. Igbinoba gibt er Kraft für zwei Jahrzehnte Kampf.

Zwei Monate nach seiner Ankunft, im Oktober 1994, gründet er mit drei anderen Männern aus Nigeria und Liberia das The Voice Africa Forum. Die Gruppe zieht durch die Flüchtlingsheime in Thüringen, beruft Versammlungen ein, immer wieder. So müsst ihr nicht leben, sagen sie den Flüchtlingen. Keine Angst! Doch ihre Anstiftung zu Aufruhr – manche empfinden sie als Bedrohung. »Sie dachten, wenn wir

uns beschweren, schieben sie uns ab«, sagt Igbinoba. Einige Flüchtlinge gehen mit Stühlen auf ihn los, zerreißen seine Flugblätter. Nachts läuft er heimlich zurück und sucht im Kerzenschein nach Exemplaren, die heil geblieben sind. Jeder versuche »mit seinen Problemen allein fertig zu werden, immer in dem Glauben, dass wir in Ruhe gelassen werden, wenn wir uns ruhig verhalten«, sagt Igbinoba. »Am Ende aber sind die Probleme nur noch größer, einfach weil wir Angst gehabt haben, uns selber als machtvoll zu begreifen.« Immer wieder sagt er das bei den Versammlungen in den Asylheimen.

Igbinobas Asylverfahren läuft schlecht. Er zeigt seinen Führerschein, Zeitungsartikel aus Nigeria. Alles gefälscht, sagen die deutschen Behörden. Sie lehnen seinen Asylantrag ab. 1995 dokumentiert Amnesty International Hunderte tote Regimegegner, Tausende Verhaftungen in Nigeria.<sup>29</sup> Die Bundesregierung lobt derweil ein »Demokratisierungsprogramm«<sup>30</sup> des Diktators Abacha. Kritik am nigerianischen Regime sei »möglich und bleibt in der Regel ohne Folgen«.<sup>31</sup> Einmal wird Igbinoba auf der Ausländerbehörde von Sicherheitsleuten mit Handschellen an den Stuhl gefesselt, weil er in Abschiebehaft kommen soll. Er fühlt sich gedemütigt, entwürdigt, ausgeliefert. Sein Anwalt kann Aufschub aushandeln. An einem Morgen im April 1995 kommen zwei Polizisten in das Heim in Rothenstein, südlich von Jena, wo Igbinoba jetzt lebt. Die Ausländerbehörde in Eisenberg hat sie geschickt, angekündigt hatten sie sich nicht. Sie sollen Igbinoba zum Flughafen Düsseldorf bringen. Doch jetzt wollen die anderen Flüchtlinge im Heim ihn nicht kampfflos aufgeben. Einer weckt ihn, andere sammeln in aller Eile 200 D-Mark und drücken sie ihm in die Hand, andere stellen sich in den Flur, der zu seinem Zimmer führt. »Warum« ist eines der wenigen deutschen Wörter, das viele von ihnen kennen. Immer wieder fragen sie das die Polizisten: »Warum wollt ihr ihn holen?« Es ist ein Vorwand, um sie nicht vorbei zu lassen. Igbinoba kann den Tumult hören, er öffnet das Fenster und springt hinaus. Er läuft durch den Wald, schlägt sich durch in die nächste Stadt. Nach einer Weile versteckt ihn eine befreundete Sozialarbeiterin bei Leuten, die ein autonomes Zentrum in Oldenburg betreiben. Unter ihnen ist ein Architekt, in seinem Haus findet Igbinoba Platz.

In der Zwischenzeit sind in Nigeria immer mehr Oppositionelle im Gefängnis gelandet. Schon vorher hatte Igbinoba auf ihr Schicksal aufmerksam gemacht, jetzt, in Oldenburg, setzt er sich gleichsam in

Vollzeit für ihre Freilassung ein, obwohl dies keine besonders unauffällige Tätigkeit ist. »Das hat mir Kraft gegeben«, sagt Igbino­ba, »Was aus mir wurde, war mir egal.« Am 10. November 1995 hängt Nigeria den Schriftsteller Ken Saro-Wiwa. Weltweit wächst die Kritik am Regime. Igbino­ba organisiert ein Symposium nigerianischer Oppositioneller im Exil, aus vielen Ländern reisen sie nach Oldenburg, es ist das größte Treffen dieser Art. Irgendwie muss Igbino­ba dabei auf sich aufmerksam gemacht haben. Polizisten kommen zu dem Haus, in dem er sich versteckt. Igbino­ba kann fliehen, er stellt einen neuen Asylantrag. Nach einiger Zeit vereinbart ein Anwalt einen Termin für eine neue Anhörung beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge. Er stellt sich.

1996 wird er als politischer Flüchtling anerkannt (Anerkennung, → S. 246). Er ist kein Asylsuchender mehr, aber The Voice ist sein Lebensinhalt. Igbino­ba bezieht ein kleines Büro unter dem Dach eines alternativen Zentrums, hinter dem städtischen Theater in Jena. Von hier aus koordiniert er Hungerstreiks, Blockaden und immer wieder Kundgebungen. Nach und nach schließt Thüringen abgelegene, besonders heruntergekommene Flüchtlingsheime wie Mühlhausen, Saalfeld, Jena-Forst oder Tambach-Dietharz.

Es gibt schon vor The Voice migrantische Selbstorganisationen in Deutschland: Vereine der Gastarbeiter-Communitys, Frauengruppen wie Agisra in Köln, migrantische Antifagruppen wie Kandil in Berlin, parteinahe Exilorganisationen wie die kurdischen Vereine oder Gruppen aus der zweiten Generation der Arbeitsmigranten wie Kanak Attak. Aber es gibt keine Organisation der Flüchtlinge in den Heimen. Auch andere versuchen später diese zusammenzubringen, etwa die African Refugee Organisation in Hamburg, die Flüchtlingsinitiative Brandenburg (→ S. 66), Refugee Emancipation e. V. oder Women in Exile (→ S. 64). Aber Igbino­ba ist der Erste, dem dies dauerhaft und über ethnische Grenzen hinweg gelingt. Die Strukturen der Selbstorganisation, die er schafft, sind die ältesten, die sich dauerhaft halten, bis heute.

Die Nacht, in der die Polizei ihn holen will, macht Igbino­ba klar, dass die Flüchtlinge verlieren, wenn sie in ihren ethnischen Communitys bleiben. Solidarität soll die Enge der Exilorganisationen überwinden. »Die Gesetze betreffen alle Flüchtlinge gleichermaßen«, sagt er. Gemeinsam ungehorsam zu sein, das sei »ein Schrei nach Freiheit, aber schon ein Teil der Freiheit selbst«. Die Gruppe benennt sich in The

Voice Refugee Forum um, will offen sein für Menschen aus anderen Kontinenten, fusioniert mit Gruppen aus Westdeutschland zur Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen. »Große Ideen ohne Selbstorganisation sind leer«, sagt Igbinoba.

Im Oktober 1998 scheidet der Kanzler Helmut Kohl aus dem Amt, vor der Bundestagswahl im September zieht die Karawane durch 44 deutsche Städte, »We have no vote but a voice« – »Wir haben kein Wahlrecht, aber eine Stimme«, ist ihr Slogan. In Flüchtlingsheimen, in die sonst kein Besucher einen Fuß setzt, berufen sie Versammlungen ein. Wir wollen gleiche Rechte, sagt Igbinoba. Keine Unterordnung. Die Bewohner sollen sich der Disziplinierung nicht länger beugen. Nicht alle folgen dem Aufruf, aber einigen gibt The Voice bei diesen Treffen zum ersten Mal das Gefühl, wieder etwas für ihr Schicksal in Deutschland tun zu können, den Ämtern und Gesetzen, die sie so wenig durchschauen, nicht nur hilflos gegenüberzustehen.

1999 besetzen von Abschiebung bedrohte Flüchtlinge das Büro der Grünen in Köln (→ S. 48) Ihr Hungerstreik dauert 16 Tage. Im Mai 2000 lädt The Voice Flüchtlinge und Aktivisten aus der ganzen Welt zu einem Kongress in die Jenaer Universität ein. Es ist das erste Treffen dieser Art in Deutschland. In Thüringen gilt die Residenzpflicht. Flüchtlinge, die kommen wollen, müssen die Ausländerbehörden um Erlaubnis bitten. Die damalige Ausländerbeauftragte der Bundesregierung Marieluise Beck (Bündnis 90/Die Grünen) fordert die Ämter auf, die Erlaubnisse zu erteilen. Auch Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) schreibt den Ausländerbehörden. Doch er verlangt, die Flüchtlinge sollen nicht nach Jena reisen dürfen. Die Beamten hören auf Schönbohm. Wer fährt, dem drohen sie mit Haft.

Es versammeln sich 600 Menschen in Jena. Viele sollen bald abgeschoben werden. Es kommen Papierlose und geflüchtete Frauen, Togoer und Nigerianer, alevitische Syrer und kommunistische Türken, nepalesische Maoisten und tamilische Exguerilleros, Tschetschenen und Kongolesen, Kameruner, Sierra Leoner und Sudanesen, Nordafrikaner, Palästinenser, ehemalige politische Gefangene aus Lateinamerika, iranische Frauen, Kurden aus einem Kirchenasyl. Manche haben politische Erfahrungen, andere nicht; aber bei einer solchen Zusammenkunft war noch keiner von ihnen.

Ihre Selbstermächtigung geht nicht ohne Friktionen ab. Damals beginnen die Ausländerbehörden in Bremen, Hamburg, München und

anderen Städten, Flüchtlinge ohne Pass zu Botschaften von Ländern wie Guinea oder Nigeria zu bringen. Die Konsulatsmitarbeiter dort stellen gegen Gebühren – viele sagen: Bestechungsgelder – einmalige Reisepapiere aus. Deutschland kann die Flüchtlinge so abschieben, ohne geklärt zu haben, aus welchem Land sie stammen. Die Flüchtlinge in Jena planen, die nächste dieser Vorführungen zu blockieren. Bei ihnen handele es sich um »Blackmail«, soll im Aufruf stehen, Erpressung, denn wer sich diesen Terminen verweigert, dem streichen die Ausländerbehörden das Geld und führen ihn dann zwangsweise vor.

Eine Gruppe Afrikaner beschwert sich: »Blackmail«, das sei rassistisch. »Alles Schlechte ist immer schwarz«, sagen sie. Das Wort soll raus. »Kindisch«, sagen die Tamilen. Die Deutschen sagen lieber nichts.

Zehn Tage debattieren die Flüchtlinge in Jena. Abschiebungen, Ausländerbehörden, Residenzpflicht, Polizeübergriffe, politische Gefangene überall in der Welt, alles kommt auf den Tisch. Sie beschließen zu demonstrieren, Faxe zu schreiben, zu blockieren. Die Abschlusserklärung ihres Kongresses ist viele Seiten lang.<sup>32</sup> »Wir werden eine »friedliche, würdevolle, aber dennoch kräftige Kampagne« beginnen, schreiben sie.

Sie haben keinen Verein für Steuerabzugsquittungen, keine Mitgliedsbeiträge, keinen Vorstand, keinen Presseverteiler, keine Satzung. Der harte Kern besteht aus weniger als 40 Aktivisten aus 20 Ländern, verstreut in Heimen in ganz Deutschland. Sie sprechen keine gemeinsame Sprache. Wer zu den Treffen fährt, gibt für die Zugfahrt das halbe Monats-Taschengeld von 80 D-Mark aus, muss Polizeikontrollen und Gefängnis befürchten. Aber sie haben Ideen. Der Singhalese Viraj Mendis scharft eine Gruppe von Informatikern um sich, sie programmieren eine mehrsprachige Webseite für Kampagnen gegen Abschiebungen, [www.humanrights.de](http://www.humanrights.de). Mit ihr landet Mendis in der Ausgabe vom 10. Juli 2000 des US-Magazins *Fortune* – als »ein menschliches Gesicht der Internetrevolution«. <sup>33</sup> Ein Kommunist in einer der wichtigsten Wirtschaftszeitungen der Welt. In Jena baut nadir, ein Hamburger Informatiker-Kollektiv, Computer auf, mit denen die Flüchtlinge in Echtzeit von ihrem Kongress bloggen können. Sie sind eine kleine Avantgarde des Netzaktivismus.

Monate bevor es bei der WTO-Konferenz in Seattle schwere Auseinandersetzungen gibt, tun sich die Flüchtlinge von The Voice mit Hunderten indischen Bauern zusammen. Die sind zum G7-Gipfel im Juni 1999 nach Köln unterwegs, um gegen die Liberalisierung des Agrar-

marktes zu demonstrieren, die sie in den Ruin treibt. Die Flüchtlinge reihen sich bei den Bauern vor deren Ankunft in Köln ein – eine kleine Avantgarde der Gipfelproteste.

Dabei ist Globalisierung für Igbinoba nur ein Modewort. Er kann damit nichts anfangen. Die britischen Offiziere, die Abacha das Töten beigebracht hatten, die BP-Manager, die das Öl aus dem Niger-Delta abpumpen ohne dem Volk dafür etwas zu geben, die Sachbearbeiter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), die Flüchtlinge »in nützliche und unnütze einteilen«, wie er sagt; die deutschen Polizisten, die in der Nacht kommen, um ihn zu holen und in das Flugzeug nach Lagos zu setzen – für Igbinoba sind es Facetten »koloniale[r] Ungerechtigkeit«, er sieht eine »Kontinuität der immer gleichen Macht«. Immer gleich, aber anpassungsfähig: »Die vor Senegal gelegene Insel Gorée war während der Sklaverei eines der großen Tore zur Hölle, von hier wurden Millionen AfrikanerInnen als Sklaven nach Amerika und Europa verschifft.«<sup>34</sup> Heute benutze die EU-Grenzschutzagentur Frontex (→ S. 247) die Insel, um die afrikanischen Küstengewässer zu überwachen.

Für Igbinoba ist seine Flucht Mittel zum Zweck. »Wir sind hier, um den Kampf weiterzuführen, den wir in unseren Ländern begonnen haben«, sagt er. Es gehe nicht nur um Abschiebungen, es gehe auch um »die furchtbaren Probleme unserer Brüder und Schwestern, die wir zurücklassen mussten«. Niemand komme freiwillig. Jeder wisse, dass die EU und die USA die Diktatoren Afrikas bewaffneten und ihre Armeen trainierten, Kriege führten und Ressourcen raubten, seit der Kolonialzeit.

Am Abend des 19. Juli 2001 ist er es, der die Rede vor dem Großkampftag der globalen Protestbewegung halten darf. Für die Ausbeutung der Armen, die Verwüstung des globalen Südens, den Neokolonialismus, für alles, was die Demonstranten hier den G8 vorwerfen, ist Igbinoba der Kronzeuge; anders als die meisten von ihnen spricht er in der ersten Person, er ist Opfer wie Kämpfer gleichermaßen, seine Anklage nicht verhandelbar, »wir werden es immer so sagen, wie wir es fühlen, es kann darüber keinen Kompromiss geben«, sagt er. Deswegen haben sie ihn hierher gerufen, auf die Bühne im Hafen von Genua, auf die jetzt Zehntausende schauen, die hier die Ordnung der Welt schlagen wollen, und oben steht Igbinoba in seinem zerschlissenen Pullover und seiner Basketballmütze und sagt, was die Flüchtlinge auf dem reichsten Kontinent der Erde die G8 wissen lassen wollen:

»Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört.«

## Die Schmach des Diktators

---

**NACHFLUCHTGRÜNDE:** *Oft können Asylbewerber nicht beweisen, dass sie in ihrer Heimat politisch aktiv waren – wohl aber, dass sie es in Deutschland sind. 2000 kommt Togos Präsident Gnassingbé Eyadéma auf Staatsbesuch zur EXPO 2000 in Hannover. Der geflohenen Regimegegner Leonard Attoh organisiert eine große Protestaktion gegen den Auftritt des Generals, der Tausende Oppositionelle ermordet haben soll. Es ist eine unerhörte Provokation für den Diktator. Nach einer Abschiebung könnte das lebensgefährlich für Attoh werden – aber es ist seine einzige Chance auf Asyl.*

Er ist kein Typ wie all die anderen aus den ganzen afrikanischen Exilparteien, mit ihren Anzügen und ihren vielen Titeln, »Generalsekretär«, »Exekutivdirektor« oder »1. Vizepräsident«, die sich so gern die Aktentaschen von den einfachen Mitgliedern hinterhertragen lassen, selbst wenn ihre Splittergrüppchen nur aus zehn Leuten bestehen. Leonard Attoh, geflohener Oppositioneller aus Togo, ist still und zurückhaltend, er ist klein, seine Locken sind auf minimale Länge rasiert, und er trägt eine Brille mit Goldrand. Später, als ihm erlaubt wird, in Deutschland zu bleiben, wird er Hausmeister in einem Bremer Gymnasium, und für die Schüler dort ist er »ein Mysterium«, sagen sie, immer habe er nur still gelächelt, wenn er ihnen den Kaffeeautomaten aufgeschlossen hat, weil der wieder die Münzen verschluckt hatte, ohne Kaffee auszugeben, und sie haben ein wenig Mitleid mit Attoh, weil der Chef-Hausmeister ihn immer so herumkommandiert.

Aber heute ist Attoh, 40 Jahre, nicht still, und herumkommandieren lässt er sich auch nicht.

Es ist der 25. Oktober 2000, der 147. Tag der Weltausstellung EXPO in Hannover. Sie ist fast vorbei, noch sechs Tage bis zum Ende, und bis auf die Diskussionen um die dürftigen Besucherzahlen und den Bratwurstpreis von neun Mark war sie ohne große Aufregung abgelaufen. Aber heute, so wird es am nächsten Tag die EXPO-eigene Zeitung schreiben, wird die milliardenteure Werbeshow »von der Wirklichkeit eingeholt«.

Die Wirklichkeit kommt am Morgen aus Bremen nach Hannover gefahren. Das EXPO-Gelände hat mehrere Eingänge, aber irgendwer

hat gesagt, die Staatsgäste kämen immer von der Ostseite, also fährt Attoh dorthin. Die niedrigen Besucherzahlen sind ein Glück für ihn und seine Freunde: Die EXPO hatte die Eintrittspreise deshalb auf 49 Mark gesenkt, noch immer viel Geld für Asylbewerber, aber sie müssen rein. Sie kaufen Tickets, warten auf der Schräge vor dem Eingangsbereich, die ein wenig aussieht wie ein Amphitheater, und schauen auf die Bratwurstverkäufer, die ihre Würstchen auch billiger hatten machen müssen.

»To« heißt Gewässer und »Go« Ufer«, hatte die EXPO-Gesellschaft in ihren Katalog geschrieben. »Nach einem Lagunendorf« sei die kleine Republik benannt. Und deshalb drehe sich am EXPO-Stand des kleinen Landes in Westafrika »alles ums Wasser«. Togo, die einstige deutsche Kolonie, werde in Hannover Geräte zur Wassergewinnung vorstellen.<sup>35</sup> »Selbstproduzierte« Technik für Bohrbrunnen, vielleicht ja von Interesse für die Sahel-Staaten, die gleich nebenan ihre Stände haben.

Nichts an diesem Stand zeigt die Realität Togos, sagt Leonard Attoh. 4000 politische Morde habe es dort in den zehn Jahren vor der EXPO gegeben, das macht 400 ermordete Menschen pro Jahr oder mehr als einer pro Tag, *das* sei die Realität, sagt Attoh.

Deshalb ist er aus Togo geflohen, wie Zehntausende andere auch, und 200 von ihnen sind heute nach Hannover gekommen, an den Osteingang des Messegeländes, denn hier muss er vorbei, und hier kann er sie nicht zum Schweigen bringen, das müssen sie nutzen, das sind sie denen schuldig, die diese Freiheit nicht haben.

»Vater der Nation« lässt Togos Präsident, General Gnassingbé Eyadéma, sich nennen. Ansonsten ist er nicht so wie der schrullige Diktator Mobuto im Kongo mit seiner Leopardenmütze oder Libyens Gaddafi, den ohnehin alle für verrückt halten. Nur wenige in Europa kennen Eyadéma, dabei ist er länger an der Macht als alle anderen Herrscher Afrikas: 1967 führt Eyadéma einen Putsch gegen Sylvanus Olympio, den ersten Präsidenten des unabhängigen Togo, an. Olympio wird getötet. Die Macht gibt Eyadéma bis zu seinem Tod 2005 nicht wieder ab, stets hofiert von Frankreich, aber auch von deutschen Politikern, allen voran der mit Eyadéma befreundete Franz Josef Strauß. Oppositionelle werden »eingeschüchtert, bedroht, geschlagen, von ihrem Wohnsitz vertrieben, gefoltert, ermordet oder auf grausame Weise hingerichtet«<sup>36</sup>, schreibt das Auswärtige Amt 1997. Danach übernimmt Eyadémas Sohn die Macht. Er regiert bis heute.

Noch immer gebe es »exzessive Gewalt« gegen Oppositionelle und Journalisten würden »gezielt misshandelt«, schreibt Amnesty International 2014.<sup>37</sup>

127 Präsidenten und Regierungschefs reisen zur EXPO an, fast jeder Tag der Messe ist ein sogenannter Nationentag, gewidmet einem der teilnehmenden Staaten. Die Nationentage sind gedacht zur »Intensivierung der politischen bilateralen Beziehungen«<sup>38</sup>, sagt die Bundesregierung, die für den Protokoll-Marathon eine eigene Außenstelle in Hannover aufmacht.

Und so darf Eyadéma an diesem Mittwoch seine Hand als Porzellanabdruck im EXPO-Pavillon des Gastgebers Deutschland hinterlassen, in einer Reihe mit den Führern der Welt. Er will den Stand Togo besuchen, wird vom Bundespräsidenten Johannes Rau empfangen und trifft den Außenminister Joseph Fischer.

1500 Togoer haben 1999 in Deutschland Asyl beantragt. 136 wurden im gleichen Zeitraum anerkannt. In den Monaten vor Eyadémas Besuch führen Ausländerbehörden und Bundesgrenzschutz Togoer zwangsweise bei der togoischen Botschaft in Bonn vor, um für sie Abschiebepapiere zu beschaffen. Vielleicht ist Attoh bald dran.

Jeder Togoer, der Asyl will, behauptet, gegen das Regime aktiv gewesen zu sein, sagen die Behörden in Deutschland.

Attoh hat Papiere vorgelegt, auf denen steht, dass er Mitglied der größten Oppositionspartei, der UFC (Union des Forces de Changement; Vereinte Kräfte für Veränderung), ist.

Das reicht nicht für Asyl, sagen die Behörden. Einfache Mitglieder lasse das Regime in Ruhe.

Hunderte Oppositionelle hat Eyadéma allein 1999 hinrichten und ihre Leichen ins Meer werfen lassen, schreibt Amnesty International wenige Monate vor der Eröffnung der EXPO.

Eyadéma zeigt den Amnesty-Generalsekretär Pierre Sané deshalb wegen »Angriff auf die Ehre, Verbreitung falscher Nachrichten, Aufruf zur Rebellion und Angriff auf die äußere Sicherheit des Staates«<sup>39</sup> an. Kritik, offenen Widerspruch, Konfrontation, das gibt es in Togo nicht. Politische Organisation und Diskussionen finden hinter verschlossenen Haustüren statt, doch selbst der »Unauffälligste kann sich Eyadémas Sicherheitskräften nicht entziehen«, sagt Attoh.

So wie er.

Seine Geschichte erzählt er so: In Togos Hauptstadt Lomé arbeitet er in einem Krankenhaus, es liegt an einer Straße, die Eyadéma täglich benutzt. Zwei Stunden bevor der Präsident kommt vertreiben Soldaten alle Passanten, jeden Tag. Einmal sei ein Mann nicht schnell genug verschwunden. Die Soldaten hätten ihn mit einem Bajonett niedergestochen. Nachdem der Präsident die Straße passiert habe, hätten sie den blutenden Mann zur Klinik geschleppt. Dort sei er gestorben.

Attoh habe gekündigt, sei Taxifahrer geworden. Eines Tages habe er in einer Zeitung gelesen, dass ein Sohn Eyadémas wegen einer Nichtigkeit zwei Menschen erschossen habe und nicht belangt wurde. »Wie der Vater, so der Sohn« – dieser Satz, den Attoh zu Kollegen sagte, habe genügt. Eyadémas Spitzel seien überall. Soldaten seien gekommen, um ihn zu holen. Attoh verlässt das Land.

In Deutschland schließt er sich der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen an und versucht, darin die vielen togoischen Exilgruppen zusammenzubringen. Sie sind zerstritten, aber als sie hören, dass Eyadéma nach Deutschland kommt, legen sie ihre Streitigkeiten beiseite. Sie müssen die Gelegenheit nutzen, um der Welt zu zeigen, was für ein Despot er ist. Attoh schreibt das Flugblatt, das die Togoer in Hannover verteilen wollen.

Alle die an diesem Morgen vor dem Messegelände stehen, haben ähnliche Geschichten zu erzählen wie er. Sie haben nur eine Erklärung dafür, warum der Diktator in Deutschland einen glanzvollen Auftritt bekommt, während sie selber jede Nacht Angst haben, dass die Polizei sie holt und nach Lomé zurückschickt: Deutschland wolle die togoische Regierung reinwaschen, um die Flüchtlinge leichter abschieben zu können.

Sie haben Bilder von Eyadéma mitgebracht, auf denen »Je suis voleur et dictateur« steht, »Ich bin ein Dieb und Diktator«, und Fotos von Gilchrist Olympio, dem Oppositionsführer von der UFC, und Bilder von Leichen; sie sollen tote Oppositionelle zeigen, die an der Küste des Nachbarlandes Benin angeschwemmt wurden. Dass die Flüchtlinge heute überhaupt in Hannover sind, ist eine unerhörte Provokation für den Präsidenten und ein Akt der Befreiung und Selbstbehauptung für sie selbst. In Togo wäre es undenkbar, Eyadéma derart bloßzustellen.

Reporter sind da. Sie wollen nicht, dass Eyadéma sich als »Weltmann« zeigen kann, sagen die Flüchtlinge ihnen. Sie wollen nicht, dass er in Deutschland über den Frieden redet, den er angeblich in der

krisengeplagten Elfenbeinküste schaffen will, während er im eigenen Land Krieg gegen das Volk führt.

Attoh verteilt seine Flugblätter, Polizisten stellen Absperrgitter auf, Personenschützer sind da, Protokollbeamte. Passanten bleiben stehen, die Togoer skandieren. Am späten Vormittag kommt Eyadéma Auto-korso. Schon als die ersten Motorräder der Polizei auftauchen, rufen die Togoer »Mörder«, sie stehen auf der Straße, über die Eyadéma fahren soll, die Polizei drängt sie mit Pferden und Schildern ab, der Auto-korso kommt langsam näher, die Flüchtlinge werfen Steine, Tomaten, Kartoffeln, Eier, die sie in großen Taschen mitgebracht haben. Eyadéma steigt aus, umringt von Personenschützern, er beugt sich hinunter, läuft gebückt, seine Wachen halten ihre Arme schützend über ihn, sie sehen aus wie Basketballspieler, die sich vor dem Anpfiff aufeinander einschwören. In einer Art Schildkrötenformation bringen sie Eyadéma zum Eingang. Immer wieder fliegen Gegenstände. Dann ist er nicht mehr zu sehen. Die Polizei nimmt 20 Menschen fest, Attoh ist nicht dabei. Der Osteingang bleibt stundenlang gesperrt, die Besucher werden mit Bussen zum Westeingang gebracht.

Die als »traditionell togoisch« angekündigte Tanzgruppe »Sojaf« auf der Hauptbühne der EXPO sieht aus, als stamme sie aus der Staffage eines Tarzan-Films. Als sie fertig ist, tritt Eyadéma im blauen Anzug, mit Sonnenbrille, umringt von uniformierten togoischen Militärs auf die Bühne. Etwa 20 der Togoer haben es ins Publikum geschafft, wieder rufen sie »Mörder«, die Polizei und Sicherheitsleute drängen sie ab. Sie verlangen Ausweise und erteilen den Flüchtlingen Hausverbote.

Eyadéma wird zum deutschen Pavillon geführt, und irgendwie scheinen Attoh und seine Leute durchgedrungen zu sein mit ihrer Botschaft, dass der hohe Besuch nicht ganz sauber ist. Nachdem Eyadéma seine Hand in die Porzellanmasse gedrückt hat, um sich als Ehrengast zu verewigen, ist ein Reporter der EXPO-Zeitung dabei, als der Vizechef der Weltausstellung, Norbert Bergmann, Eyadéma eine Wasserschüssel reicht und dabei sagt, er könne nun seine »Hände in Unschuld waschen«.<sup>40</sup>

50 Togoer werden derweil an den Eingängen der Messe aufgehalten. Sie dürfen nicht auf das Gelände, immerhin kriegen sie ihre 49 Mark zurück.

Die Übrigen sammeln sich auf der »Allee der vereinigten Bäume«, was immer der Name bedeuten soll. Sie führt zur Messehalle 12, in der

sich Afrika präsentiert. Die Halle ist außen mit hohen Platten verziert, aus unerfindlichen Gründen in der Form von Haifischflossen, bedruckt wie Ethno-Badetücher. Togo teilt sich eine kleine Insel mit Ghana und der Elfenbeinküste, gegenüber ist der Stand Ruandas. Hier treffen sich die Flüchtlinge, halten wieder die Bilder von Gilchrist Olympio hoch, die »Mörder«-Schilder, die Leichenbilder. Polizei ist da, die Leute vom Ruanda-Stand wissen nicht, was sie tun sollen.

Und dann, es ist 14.30 Uhr, heißt es, er kommt nicht mehr.

Nicht die Demonstranten seien der Grund, sondern die Krise in der Elfenbeinküste, richtet die togoische Botschaft der Presse aus. Eyadéma habe »diplomatische Gespräche« führen müssen. Ein Reporter der EXPO-Zeitung hat mit den Flüchtlingen gewartet, ein Freund Attohs diktiert ihm in den Block, was alle hier denken: »Er hat Angst.« Der mächtige Mann, der Tausende getötet und sie alle vertrieben hat, der keine Widerworte duldet, er hat an diesem Tag Angst davor, seine Gegner zu treffen, sich beschimpfen oder gar bewerfen lassen zu müssen. Er hat Angst vor dem Bild der Schwäche, das er dabei abgeben würde; so viel, dass er es vorzieht, sich zu verstecken, das protokollarische Programm, das Deutschland zu seinen Ehren organisiert hat, abzukürzen.

Attoh verteilt vor dem Eingang seine Flugblätter. Polizisten führen die Togoer vom Messegelände. Niemand wehrt sich.

Attoh fährt zurück nach Bremen in das Flüchtlingsheim im Stadtteil Hastedt, wo er sich ein Zimmer mit zwei weiteren Afrikanern teilt.

Eyadéma fährt nach Berlin. Er trifft dort am nächsten Tag den Bundespräsidenten Johannes Rau. Er hoffe, Togo werde seinen Weg zur Demokratie fortsetzen, sagt Rau.

Später sitzt Attoh im Büro der Karawane in der Bremer Wachmannstraße, er druckt die Artikel der EXPO-Zeitung aus, »Trouble bei Togo«<sup>41</sup> hat sie getitelt, und die Berichte der togoischen Zeitungen, die, je nach Coleur, schreiben, dass es die »katastrophalste Auslandsreise« war, die Eyadéma je unternommen hat, oder dass die EXPO-Demonstranten »nicht ganz bei Trost« sind. Attoh macht Abzüge von den Fotos, die ihn in Hannover zeigen, und zusammen mit den Artikeln gibt er sie seinem Anwalt, der sie zum Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge schickt. Wenn die deutschen Behörden ihm nicht glauben, dass er als einfaches UFC-Mitglied in Gefahr ist, vielleicht erkennen sie an, dass er nach der Aktion in Hannover nicht mehr zurück kann, hofft Attoh. »Nachfluchtgründe« heißt dies im Amtsdeutsch.

Drei Monate später, am 31. Januar 2001, holen Mitarbeiter von Ausländerbehörden in ganz Deutschland erneut am frühen Morgen insgesamt 90 Togoer aus ihren Unterkünften und fahren sie nach Bonn. Bewacht von 50 bewaffneten Bundespolizisten, werden sie nacheinander einzeln dem Konsul Togos als abgelehnte Asylbewerber vorgeführt. Eyadéma kriegt die Liste seiner Gegner im Exil so mal wieder frei Haus. Der Konsul fragt die Menschen, warum sie Asyl beantragt haben. Dann stellt er die Reisepapiere aus, die Mitarbeiter der Ausländerbehörden nehmen sie gleich vor Ort entgegen. Mit ihnen können sie die Menschen abschieben.

Drei Wochen später schickt eine vor allem von Deutschland finanzierte Untersuchungskommission der Vereinten Nationen zu Togo ihren Bericht an das Sekretariat des UN-Wirtschafts- und Sozialrats in Genf. Nach ihren Recherchen vor Ort, heißt es darin, »sollte in Betracht gezogen werden«<sup>42</sup>, dass die Vorwürfe, das togoische Militär und ihm nahestehende Milizen hätten Oppositionelle hingerichtet, vergewaltigt und ins Meer geworfen, zutreffend seien.

Kurz darauf schreibt das Auswärtige Amt an verschiedene Verwaltungsgerichte, dass General Eyadéma über die Aktion in Hannover »zweifelloso sehr verärgert« war. Es sei davon auszugehen, dass die Demonstranten von »Regierungsanhängern und Sympathisanten gefilmt und fotografiert worden« seien. Ihnen drohten deshalb in Togo »Repressionsmaßnahmen«.<sup>43</sup> Einer Reihe von Flüchtlingen, darunter Attoh, wird wegen dieser Auskunft Asyl zugesprochen.

Der Tag in Hannover hat ihn gerettet.

Bei der nächsten Reform des Asylrechts im Jahr 2004 (→ S. 249) schafft Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) die Möglichkeit, Nachfluchtgründe geltend zu machen, weitgehend ab.